



Union fordert Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine ein Merz antwortet auf Regierungserklärung des Kanzlers

Unionsfraktionschef Friedrich Merz hat im Deutschen Bundestag eine entschlosseneren Unterstützung der Bundesregierung für die Ukraine gefordert. Dem Bundeskanzler indes warf Merz ein „doppeltes Spiel“ im Umgang mit dem Land vor. Zwar habe Olaf Scholz die Lieferung schwerer Waffen angekündigt. Doch: „Es wird praktisch nichts geliefert.“

Der Fraktionschef antwortete auf die Regierungserklärung von Kanzler Scholz im Bundestag, bei der es um die Zukunft der Europäischen Union und die Unterstützung der Ukraine im Abwehrkampf gegen Russland ging. Man müsse der Ukraine „finanziell und humanitär weiter helfen“, sagte Merz. Dazu gehörten auch Waffenlieferungen, „damit dieses Land sein Recht auf Selbstverteidigung wahrnehmen kann“.

Der CDU/CSU-Fraktionschef stellte fest, dass trotz anderslautender Versprechen der Bundesregierung in den vergangenen Wochen so gut wie keine Waffen an Kiew geliefert worden seien. Auch der Ringtausch mit osteuropäischen Ländern, die im Gegenzug für Waf-



Friedrich Merz in der Debatte am Donnerstag im Plenum

fenlieferungen an die Ukraine Ersatz aus deutschen Beständen erhalten sollten, nehme keine Fahrt auf. Deutsche Rüstungsunternehmen beklagten seit Wochen, dass sie keine Exportgenehmigung bekommen würden. „Was treiben Sie denn da für ein Spiel, auch mit der deutschen Öffentlichkeit, wenn es um diese Waffenlieferungen geht?“, fragte Merz den Kanzler.

Der Fraktionschef bemängelte außerdem, dass Seite 2

Biberacher US-Austauschschülerinnen des Parlamentarischen Patenschafts-Programms zu Besuch bei Rief im Bundestag

Pamela Green und Moira Christ aus Virginia und Georgia verbringen über das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP) ein Jahr in Biberach, wo sie in Gastfamilien wohnen und die Schule besuchen. Auch ein Berlin-Besuch war eingeplant und Josef Rief (CDU) freute sich über einen Besuch der beiden dynamischen jungen Damen in seinem Bundestagsbüro. "Das PPP ist ein tolles Programm und ich hoffe auf viele Bewerbungen, damit bald auch wieder Schülerinnen und Schüler oder junge Berufstätige aus meinem Wahlkreis die Reise in die USA antreten können", informiert Josef Rief. ■



Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



Fortsetzung von Seite 1

die Verhandlungen über das geplante Sondervermögen für die Bundeswehr nicht vom Fleck kommen. Erneut drang er darauf, dass die 100 Milliarden Euro ausschließlich für die Bundeswehr ausgegeben werden.

Ähnlich äußerte sich CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt: „Nichts stärkt mehr unsere Bündnisfähigkeit, als 100 Milliarden Euro in die Streitkräfte zu strecken.“ Dobrindt erinnerte auch an den zweiten Teil des „Doppelversprechen“, das der Kanzler in seiner „Zeitenwende“-Rede im Februar gegeben hat – nämlich neben der Errichtung eines Sondervermögens auch ab sofort jährlich zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Verteidigung zu investieren. Beunruhigt zeigte sich Dobrindt, dass der Kanzler diesen Teil in seiner Regierungserklärung gar nicht erwähnt hatte.

Dessen Rede fasste Gunther Krichbaum mit den Worten zusammen: „Bundeskanzler Scholz hat viel geredet,

aber nichts gesagt.“ Die Ukraine brauche „nicht warme Worte, sondern Taten“. Die versprochenen schweren Waffen müssten endlich geliefert werden.

Der europapolitische Sprecher der Fraktion erinnerte auch daran, dass die Ukraine nicht nur militärische, sondern auch ökonomische Unterstützung benötige. Allerdings dürfe die EU dafür nicht neue Schulden aufnehmen – nach dem Muster des Corona-Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“. Krichbaum schlug vor, auch russische Devisenreserven für Reparationen heranzuziehen.

Zudem sprach er sich dafür aus, der Ukraine noch im Juni den EU-Kandidatenstatus zuzusprechen. Die Beitrittsverhandlungen würden allerdings Jahre dauern. „Es gibt kein Schnellverfahren in die Europäischen Union hinein“, sagte er. ■

Haushaltsausschuss schließt Haushaltsberatungen für 2022 mit Bereinigungssitzung ab.

Nach der so genannten Bereinigungssitzung, die traditionsgemäß bis in die frühen Morgenstunden dauerte, ist Josef Rief als Hauptberichterstatter für den Landwirtschaftshaushalt nicht zufrieden mit den Vorschlägen der Koalition. Die Unionsfraktion hatte zahlreiche Verbesserungen gegenüber den Regierungsentwurf eingebracht, die von der Ampelkoalition verhindert wurden.

„In der aktuellen Situation ist es wichtiger denn je, unsere heimische Landwirtschaft zu stärken und in das Potential unserer ländlichen Räume zu investieren. Hier enttäuscht die Ampel auf ganzer Linie. Es ist nicht nachvollziehbar, dass der grüne Bundeslandwirtschaftsminister in seinem Etat voll zu Lasten unserer Landwirte den Zuschuss zur Unfallversicherung für die landwirtschaftlichen Betriebe zusammengestrichen hat. Wir als Union stehen fest an der Seite unserer Landwirte und fordern mit einem eigenen Antrag, dass der Zuschuss wieder auf das Niveau der vergangenen Jahre gehoben wird. Unsere Landwirte dürfen nicht als Steinbruch erhalten für Sparpläne der Ampel. Ohnehin ist der Agrarhaushalt im Vergleich zum Vorjahr um 571 Millionen Euro gesunken. Besonders bedauerlich ist die drastische Verringerung beim Maschinen-Investitionsprogramm zur Einsparung bei Dünger und Pflanzenschutzmitteln. In die Bereinigung hat die Koalition weitere Kürzungen an dieser Stelle und im Bundesprogramm Ländliche Entwicklung durchgesetzt.

Um den Anstieg der Energiekosten zu kompensieren,

wollten CDU und CSU die Landwirte mit 180 Millionen Euro bei den hohen Treibstoffkosten für ihre Maschinen entlasten. Vom Krisenpaket der Europäischen Union für die Landwirtschaft fließen 60 Millionen Euro nach Deutschland, die der Bund mit 120 Millionen Euro aufstocken darf. Dieses Geld muss zügig bei den Bauern ankommen. Eine Entlastung beim Agrardiesel wäre eine schnelle, unbürokratische Lösung. Bisher verweigert Minister Özdemir diese Hilfe. Der Minister lässt noch an einer Auszahlungsmöglichkeit für die EU Gelder arbeiten. Die Zeit drängt. Die EU besteht auf Auszahlung bis Ende September. In der Bereinigungssitzung wurde unterdessen klar, dass das Ministerium Milchviehhalter von der Hilfe mit dem EU-Geld und der Aufstockung aus dem Haushalt ausnehmen will. Das ist völlig inakzeptabel“, so Josef Rief.

Die Beratungen über den Bundeshaushalt für das laufende Jahr 2022 wird formal mit der Schlussabstimmung im Bundestagsplenum in der kommenden Sitzungswoche abgeschlossen. Der Haushaltsausschuss bereitet diesen Beschluss in seiner Bereinigungssitzung abschließend vor. Demnach wachsen die Gesamtausgaben entgegen dem Regierungsentwurf vom März von rd. 484 Mrd. Euro auf rd. 496 Mrd. Euro. Die Neuverschuldung liegt bei 139 Mrd. Euro, in denen die 100 Mrd. Euro für das Sondervermögen Bundeswehr nicht inbegriffen sind. Die Haushaltsberatungen für den Haushalt 2023 sollen in der ersten Sitzungswoche im September beginnen und werden voraussichtlich Ende November abgeschlossen sein. ■